

TEXTQUELLE

**DEBATTE ÜBER RECHTE PAROLE BEI BUNKER
VALENTIN**

Dies ist ein Auszug aus dem Artikel „Debatte über rechte Parole“ von Christian Weth, der am 6. Januar 2018 in *Die Norddeutsche (Weser Kurier)* online veröffentlicht wurde.

„Muss er weg – oder soll er bleiben? Der Schriftzug ‚Stoppt den Schuld kult‘ beschäftigt Christian Weber und Thomas Köcher noch immer. Der Bürgerschaftspräsident und der Chef der Landeszentrale für politische Bildung wollen nicht allein entscheiden, was mit dem rechten Slogan beim Bunker Valentin werden soll. Sie kündigen Gespräche mit der Jüdischen Gemeinde an. Aber auch mit dem Beirat. Schnell soll es gehen. Denn so wie jetzt, ohne eine Erklärung für Besucher, könne der Schuld kult-Spruch keineswegs bleiben. Nicht an einem Ort, der an die Gräuel der Nazi erinnert.“

Seit Anfang Dezember sind die drei Wörter auf einer Mauer zwischen Deich und Bunker zu lesen. Wer sie dort in Großbuchstaben hingeschrieben hat, ist unklar. Fest steht für Weber und Köcher hingegen, welcher politischen Bewegung die Unbekannten angehören. Und weil die gefährlich sei, wollen der Bürgerschaftspräsident und der Behördenchef nicht einfach so tun, als wäre nichts. Sie wollen eine öffentliche Debatte und klarmachen, wofür der Schuld kult-Spruch steht – und wofür der Bunker Valentin.

Beide können sich deshalb vorstellen, dass der rechte Slogan bleibt, allerdings eben nicht einfach so. Als Weber und Köcher im Dezember beim Bunker waren, sprachen sie von einer Hinweistafel, die angebracht werden könnte, um den Spruch zu kommentieren. Mittlerweile ist für Köcher auch ‚ein künstlerischer Umgang‘ mit dem Text denkbar. Und zwar so, dass der Begriff der Schuld mit einem anderen in Beziehung gesetzt wird: Verantwortung. Für Köcher wäre das ein Signal gegen den Versuch, sich von einer demokratisch orientierten Erinnerungskultur abzuwenden.“

Quelle:

Christian Weth. „Debatte über rechte Parole: Schuld kult-Schriftzug: Bürgerschaftspräsident will mit Jüdischer Gemeinde und Beirat sprechen“, in: *Weser-Kurier Beilage Die Norddeutsche*, 6. Januar 2018, 3.